

# Antrag auf Einbürgerung

Lichtbild

Bitte ankreuzen  oder ausfüllen. Nichtzutreffendes mit "entfällt" oder "nicht zutreffend" kennzeichnen. Sollte der Platz bei einem Angabefeld nicht ausreichen, weitere Ausführungen bitte auf einem gesonderten Beiblatt fertigen.

**Für Minderjährige über 16 Jahre ist ein eigener Antrag erforderlich.**

## Ich beantrage die deutsche Staatsangehörigkeit

<b>1. Antragsteller</b> <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> divers				<b>Vermerke der Behörde</b>
Familienname (ggf. auch Geburtsname)		Eigename		
Vorname(n)		Vatersname(n)/Mittelnname		
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat			
Anschrift am Ort des dauernden Aufenthalts (Postleitzahl, Wohnort, Straße und Hausnummer)				
Telefon-/Mobilfunknummer				
E-Mailadresse				
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verpartnert <input type="checkbox"/> getrennt lebend			seit (Datum)	
Bei Verheirateten: Bestehende Mehrehe <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein				
Datum und Ort der Eheschließung/Verpartnerung				
Frühere Ehen/Lebenspartnerschaften <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		von	bis	
aufgelöst durch	<input type="checkbox"/> Scheidung <input type="checkbox"/> Tod	Staatsangehörigkeit(en) des früheren Ehegatten/Lebenspartners:		
<b>2. Ehegatte/Lebenspartner</b>				
Angaben nur, wenn <input type="checkbox"/> der Ehegatte oder Lebenspartner/in auch die Einbürgerung beantragt <input type="checkbox"/> die Einbürgerung als Ehegatte oder Lebenspartner/in eines/r Deutschen beantragt wird				
Familienname (ggf. auch Geburtsname)		Eigename		
Vorname(n)		Vatersname(n)/Mittelnname		
Geburtsdatum	Geburtsort, Staat			
Staatsangehörigkeit(en)			Deutsche/r seit	
<b>3. Miteinbürgerung von Kindern</b> (Hier sind alle minderjährigen Kinder einzutragen, die mit eingebürgert werden sollen.)				
<b>1.</b>	Familienname oder Eigename		<b>2.</b>	Familienname oder Eigename
Vorname(n), Vatersname(n)/Mittelnname		Vorname(n), Vatersname(n)/Mittelnname		
Geburtsdatum	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers <input type="checkbox"/> männlich	Geburtsdatum	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers <input type="checkbox"/> männlich	
Geburtsort, Kreis, Staat		Geburtsort, Kreis, Staat		
Staatsangehörigkeit(en)		Staatsangehörigkeit(en)		
<b>Vermerke der Behörde</b>				

Im Haushalt lebend? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Im Haushalt lebend? <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
-------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------

<b>3.</b>	Familienname oder Eigename	<b>4.</b>	Familienname oder Eigename	
Vorname(n), Vatersname(n)/Mittelname		Vorname(n), Vatersname(n)/Mittelname		
Geburtsdatum	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers <input type="checkbox"/> männlich	Geburtsdatum	<input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers <input type="checkbox"/> männlich	
Geburtsort, Kreis, Staat		Geburtsort, Kreis, Staat		
Staatsangehörigkeit(en)		Staatsangehörigkeit(en)		
Im Haushalt lebend?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Im Haushalt lebend?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<b>weitere Kinder auf einem Beiblatt?</b> <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja

<b>Nur auszufüllen bei minderjährigen Antragstellern bzw. mit einzubürgernden Kindern</b>	
Das Sorgerecht liegt bei	<input type="checkbox"/> dem Vater/Elternteil 1 <input type="checkbox"/> der Mutter/Elternteil 2 <input type="checkbox"/> den Eltern gemeinsam
Das Sorgerecht beruht auf:	

<b>4. Status der Antragstellerin/des Antragstellers</b>	
Derzeitige Staatsangehörigkeit(en)	Besonderer Status z.B. Asylberechtigte/r, ausländischer Flüchtling
<input type="checkbox"/> nicht belegt <input type="checkbox"/> belegt durch	durch Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis, usw. gültig bis:
Frühere Staatsangehörigkeit(en)	Verlustgrund:
Asylantrag	
<input type="checkbox"/> gestellt <input type="checkbox"/> abgelehnt	

<b>5. Aufenthalt</b> (Hier bitte Auslandsaufenthalte <b>und</b> Inlandsaufenthalte angeben.)		
von	bis	in
<b>GEBURT</b>		

<b>6. Aktuelle Aufenthaltstitel</b>	
Niederlassungserlaubnis	<input type="checkbox"/> ja
Aufenthaltserlaubnis	<input type="checkbox"/> ja, gemäß § <span style="float: right;">gültig bis</span>
andere Aufenthaltstitel/-rechte	<input type="checkbox"/> ja <span style="float: right;">welche?</span>

<b>7. Ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache</b>	<b>Vermerke der Behörde</b>
<input type="checkbox"/> ja; belegt durch	
<input type="checkbox"/> nein; dies kann zur Ablehnung Ihres Einbürgerungsantrages führen. Gründe:	

## 8. Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland

ja; belegt durch

nein; dies kann zur Ablehnung Ihres Einbürgerungsantrages führen. Gründe:

## 9. Eltern der Antragstellerin/des Antragstellers Leibliche Eltern Adoptiveltern

Vater/Elternteil 1	Mutter/Elternteil 2
Familienname (ggf. auch Geburtsname) oder Eigenname	Familienname (ggf. auch Geburtsname) oder Eigenname
Vorname(n), Vatersname(n)/Mittelname	Vorname(n), Vatersname(n)/Mittelname
Geburtsdatum	Geburtsdatum
Geburtsort, Staat	Geburtsort, Staat
Familienstand zum Zeitpunkt Ihrer Geburt	Familienstand zum Zeitpunkt Ihrer Geburt
Staatsangehörigkeit(en) zum Zeitpunkt Ihrer Geburt	Staatsangehörigkeit(en) zum Zeitpunkt Ihrer Geburt

## 10. Straftaten im In- und Ausland

Verurteilungen im In- und Ausland (Anzugeben sind auch Strafbefehle sowie Verurteilungen, die nicht in ein Führungszeugnis nach dem Bundeszentralregistergesetz aufzunehmen sind.)

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Datum:	Gericht/Behörde:
	Tatbestand:	Strafmaß:
	Wurde im Rahmen eines Urteils ein antisemitischer, rassistischer oder sonstiger menschenverachtender Beweggrund festgestellt?	
		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (bitte Kopie des Urteils/der Urteile beifügen)

Anhängige Ermittlungsverfahren im In- und Ausland

<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Datum:	Gericht/Behörde:
-----------------------------------------------------------	--------	------------------

(Fortsetzung bitte auf gesondertem Blatt)

## 11. Wirtschaftliche Verhältnisse

Ausgeübter Beruf	<input type="checkbox"/> Arbeitnehmer <input type="checkbox"/> selbständig <input type="checkbox"/> unbefristetes Arbeitsverhältnis	
	<input type="checkbox"/> befristetes Arbeitsverhältnis bis	Datum
Brutto-Einkünfte	Betrag Euro	
Bezug von Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch	Leistungsart	Betrag Euro
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		
Sonstige Leistungen, z.B. BAföG, Wohngeld	Leistungsart	Betrag Euro
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		
Haben Sie Kinder?		
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Anzahl:	Alter des Kindes/der Kinder:	
Haben Sie Familienangehörige, denen Sie zum Unterhalt verpflichtet sind?		<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
wenn ja, wem und in welcher Höhe?	Name	Betrag Euro

Vermerke der Behörde

Nur zu beantworten, wenn keine eigenen Einkünfte vorhanden sind	
Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja durch	(Name, Anschrift)
Einkünfte Unterhaltspflichtiger <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag  Euro

## 12. Sonstiges

Als Antragstellerin/Antragsteller versichere ich, dass ein Antrag auf Einbürgerung

bisher noch nicht gestellt wurde.

am \_\_\_\_\_ bei folgender Behörde

mit dem Aktenzeichen \_\_\_\_\_

gestellt und wie folgt beschieden wurde:


## 13. Nur bei minderjährigen Antragstellern auszufüllen:

Vor- und Familienname des Vaters/Elternteil 1			
Vor- und Familienname der Mutter/Elternteil 2			
Ehe der Eltern besteht noch	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein,	aufgrund von <input type="checkbox"/> Scheidung <input type="checkbox"/> Tod eines Elternteils
Die Vertretungsbefugnis liegt bei	<input type="checkbox"/> Eltern <input type="checkbox"/> Vater/Elternteil 1 <input type="checkbox"/> Mutter/Elternteil 2 <input type="checkbox"/> sonstige: _____	und begründet sich auf (bitte Beleg beifügen)	<input type="checkbox"/> Sorgerecht <input type="checkbox"/> gerichtliche Anordnung

<b>Unterschrift(en)</b>		<b>Vermerke der Behörde</b>
Unterschrift(en) der Einbürgerungsbewerberin/des Einbürgerungsbewerbers bzw. vor Vollendung des 16. Lebensjahres von der gesetzlichen Vertreterin/dem gesetzlichen Vertreter/den gesetzlichen Vertretern		
Ort, Datum	Unterschrift(en)	
<b>Ich/wir beantrage(n)</b>		
<input type="checkbox"/> die Einbürgerung des unter Nr. 1 genannten Kindes		
<input type="checkbox"/> die Miteinbürgerung des/der unter Nr. 3 genannten Kindes/Kinder		
Ort, Datum	Unterschrift(en) des/der gesetzlichen Vertreter(s)	
	(Vater/Elternteil 1)	(Mutter/Elternteil 2)
<b>Die vorstehende(n) Unterschrift(en) wurde(n) vor mir vollzogen.</b>		
Ort, Datum	Bezeichnung der Behörde	
Unterschrift und Amts- bezeichnung		

## **Informationsblatt gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)**

Da das Regierungspräsidium Darmstadt als Staatsangehörigkeitsbehörde in Einbürgerungsverfahren personenbezogene Daten bei betroffenen Personen oder auch anderen Personen erhebt, besteht eine diesbezügliche Informationspflicht nach Art. 13 und Art. 14 DS-GVO, der mit diesem Informationsblatt nachgekommen wird.

### **Verantwortlichkeit**

Verantwortlicher der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist das Regierungspräsidium Darmstadt . Sie erreichen das Regierungspräsidium Darmstadt

wie folgt:

Adresse: Luisenplatz 2, 64283 Darmstadt

E-Mail: [poststelle@rpda.hessen.de](mailto:poststelle@rpda.hessen.de) / [datenschutzbeauftragte@rpda.hessen.de](mailto:datenschutzbeauftragte@rpda.hessen.de)

Tel.: 06151/120

### **Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung**

Die Staatsangehörigkeitsbehörde verarbeitet personenbezogene Daten zwecks Bearbeitung von Einbürgerungsverfahren (§§ 8 ff Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)) und somit zur Erfüllung ihrer staatsangehörigkeitsrechtlichen Aufgaben nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes zur Bestimmung der zuständigen Behörden in Staatsangehörigkeitsangelegenheiten. Die §§ 31, 32 Abs. 1, 33 Abs. 3 und 5, 36 und 37 Abs. 2 StAG und § 73 Aufenthaltsverordnung (AufenthV) enthalten spezifische Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Staatsangehörigkeitsbehörden.

Die Verarbeitung ist für die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung bzw. für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die dem Verantwortlichen übertragen wurde und die im öffentlichen Interesse liegt (Art. 6 Abs. 1 lit c) und e) DS-GVO).

### **Empfänger, Quellen und Kategorien der Daten**

Soweit dies zur Bearbeitung des Verfahrens erforderlich ist, übermittelt die Staatsangehörigkeitsbehörde Ihre personenbezogenen Daten an andere öffentliche Stellen. Hierzu gehört im Regelfall die Weitergabe an die zuständige Ausländerbehörde, das Hessische Landeskriminalamt, das Hessische Landesamt für Verfassungsschutz (bei Antragstellern, die das 16. Lebensjahr vollendet haben) und das Bundesamt für Justiz - Bundeszentralregister - (bei Antragstellern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben) zwecks Einholung von Auskünften.

Im Einzelfall werden, soweit dies zur Bearbeitung des Antrags oder zur Überprüfung von Angaben erforderlich ist, auch Auskünfte bei anderen zuständigen Behörden und Gerichten eingeholt.

Bei den Polizei- und Verfassungsschutzbehörden werden Auskünfte über anhängige Ermittlungsverfahren und sonstige strafrechtliche Erkenntnisse, über verfassungsfeindliche oder extremistische Betätigungen eingeholt. Bei den Ausländerbehörden werden insbesondere Auskünfte über das Vorliegen von aufenthaltsrechtlichen Ausweisungsgründen eingeholt. Darüber hinaus werden Angaben zu Dauer und Rechtsgrundlagen Ihres Inlandaufenthaltes erhoben. Sofern es zur Sachverhaltsermittlung erforderlich ist, kann die Ausländerakte eingesehen werden.

Im Einzelfall werden, soweit dies zur Bearbeitung des Antrags oder zur Überprüfung von Angaben erforderlich ist, auch weitere Auskünfte, wie z.B. über Wohnungsanmeldungen, zur Ge-

schäftsfähigkeit oder gesetzlichen Vertretung, zu Strafverfahren und Eintragungen im Schuldnerverzeichnis, zu den wirtschaftlichen Verhältnissen bei den zuständigen Behörden und Gerichten eingeholt.

Sollten zur Antragsbearbeitung Auskünfte der Agentur für Arbeit bzw. der für die Leistungsgewährung zuständigen kommunalen Träger, der Sozialbehörden oder anderer Stellen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen erforderlich sein, werden Sie um eine besondere Einverständniserklärung gebeten; dies gilt auch in den Fällen, in denen im Zusammenhang mit einer erforderlichen Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit Kontakt mit der zuständigen Auslandsvertretung aufgenommen werden soll. Sie können die Einwilligung auch verweigern; eine abschließende Prüfung Ihres Einbürgerungsantrags ist dann allerdings nicht möglich.

### **Speicherdauer und -fristen**

Die für die Durchführung des Einbürgerungsverfahrens erhobenen personenbezogenen Daten werden gespeichert und fünfzehn Jahre aufbewahrt (Ziffer 8.5 der Verwaltungsvorschrift über das Einbürgerungsverfahren). Mit Ende der Aufbewahrungsfrist wird ein zur dauerhaften Aufbewahrung bestimmtes Datenblatt mit den wichtigsten Daten erzeugt. In Papierform geführte Akten sind dauerhaft aufzubewahren (Ziffer 8.7 der Verwaltungsvorschrift über das Einbürgerungsverfahren).

### **Ihre Rechte**

Nach Art. 15 DS-GVO können Sie von dem Verantwortlichen über die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten Auskunft verlangen. Nach Art. 16 DS-GVO haben Sie das Recht auf Berichtigung. Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DS-GVO haben Sie das Recht, die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Ein Recht auf Löschung kommt allerdings nicht in Betracht, wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist bzw. zur Wahrnehmung einer Aufgabe dient, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, Art. 17 Abs. 3 lit. b) DS-GVO. Art. 18 Abs. 1 DS-GVO gewährt unter den dort aufgeführten Voraussetzungen ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung.

Das Recht auf Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO besteht nach § 35 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz nicht, soweit eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verpflichtet.

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt, haben Sie das Recht auf Beschwerde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO bei der Aufsichtsbehörde, dem Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden. Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an den/die behördliche Datenschutzbeauftragte wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass datenschutzrechtliche Vorschriften bei der Verarbeitung Ihrer Daten nicht beachtet worden sind.

### **Datenschutzbeauftragte/r**

Die/den Datenschutzbeauftragte/n des Regierungspräsidiums Darmstadt erreichen Sie unter der oben genannten Anschrift, zu Hd. der/s Datenschutzbeauftragte/n des Regierungspräsidiums Darmstadt oder per E-Mail: [poststelle@rpda.hessen.de](mailto:poststelle@rpda.hessen.de) / [datenschutzbeauftragte@rpda.hessen.de](mailto:datenschutzbeauftragte@rpda.hessen.de)